29. 4. 2012

PROTEXTE

Ausgabe 50

AUS DER EVANGELISCHEN AKADEMIE DER PFALZ

Interkulturalität als politische Aufgabe

Von Runden Tischen, Integration und Gemeinschaftsgefühl

IN DIESER AUSGABE:

Der Runde Tisch Islam in Rheinland-Pfalz

Migrationsforschung und Parallelgesellschaft

Gefragt in einer Abiturzeitung nach ihren Zukunftsträumen, antwortet eine türkischstämmige Abiturientin, dass sie in ein paar Jahren hoffentlich ausgewandert sein werde und fügt in Klammern Istanbul als ihr Wunschziel hinzu. In der dynamischen Stadt am Bosporus, in der fast ein Viertel der Einwohner der Türkei leben und die nach den Plänen ihres ehemaligen Oberbürgermeisters und gegenwärtigen türkischen Ministerpräsidenten Erdogan noch einmal in gigantischem Ausmaß erweitert werden soll, gibt es mittlerweile einen monatlich wachsenden „Stammtisch" remigrierter Akademikerinnen und Akademiker aus Deutschland. Gleichzeitig weisen in Integrationserklärungen deutsche Politiker zufrieden darauf hin, dass die Zahl der Schulabbrecher unter Migranten stetig sinke und die der Abschlüsse an weiterführenden Schulen kontinuierlich steige.

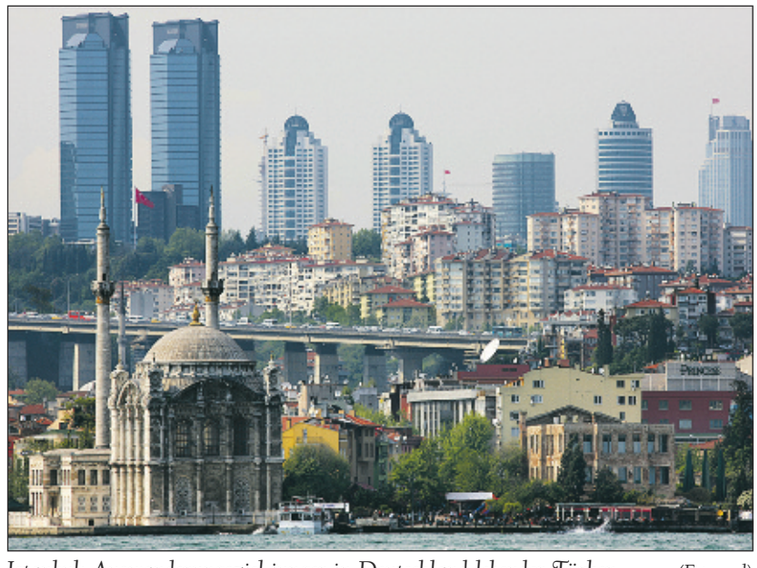
Nimmt man die Anstrengungen in den Kindergärten und Kindertagesstätten hinzu, so ergibt sich das Bild, dass Integration mittlerweile von klein auf angelegt ist, an einem bestimmten Punkt aber noch immer scheitert. Denn es ist nicht nur das Geld, das in die Weltmetropole in Kleinasien lockt. Es ist auch die Chancenungleichheit auf dem hiesigen Arbeitsmarkt. Und damit verbunden die schmerzlich empfundene Abwertung der Person. Die Anstrengungen der Landesregierung, Interkulturalität zu fördern und auf eine offene Gesellschaft hinzuwirken, sind daher nur zu begrüßen.

Eine Ungleichbehandlung beklagen auch die Vertreter islamischer Verbände, wenn die Religion zum Thema wird. Ob es um die flächendeckende Einrichtung von islamischem Religionsunterricht geht, um den seelsorgerischen Zugang zu Gefängnissen und Krankenhäusern, um die Diskriminierung von Kopftuchträgerinnen oder um die Erhebung von Kirchensteuern – die rechtliche Gleichstellung mit anderen Religionsgemeinschaften wird vermisst. Und dies zu Recht. Denn weder der Bund noch die Länder dürfen nach höchstrichterlichem Beschluss eine Religion bevorzugen respektive benachteiligen. Dennoch gibt es Gründe, warum noch kein Staatsvertrag mit muslimischen Vertretern abgeschlossen wurde. Die wesentlichen betreffen den Organisationsgrad und die Frage nach einer einheitlichen islamischen Vertretung.

Mit der Einrichtung des „Runden Tisches Islam" in Rheinland-Pfalz wird die islamische Repräsentanz in Zukunft direkt zwischen Vertretern der Landesregierung und muslimischen Verhandlungspartnern ausgehandelt werden. Es ist zu erwarten, dass einige wichtige Fragen dabei kontrovers diskutiert werden: Soll es eine oder mehrere islamische Religionsgemeinschaften geben? Werden bestehende Verbände bestätigt oder wird es eine neue Organisationsform, zum Beispiel eine „Islamische Religionsgemeinschaft Rheinland-Pfalz", geben? Welche religiösen Kompetenzen wird diese für sich in Anspruch nehmen können? Wird sie die alleinige Entscheidungsinstanz in religiösen Angelegenheiten sein? Was geschieht mit den Organisationen, die nicht in die „Religionsgemeinschaft" aufgehen? Welchen Einfluss werden Organisationen und Behörden aus den jeweiligen Herkunftsländern nehmen?

Neben diesem politischen Aufbruch ist noch eine andere Entwicklung wahrzunehmen. Mit der Einrichtung islamischer Lehrstühle an hiesigen Universitäten zeichnet sich eine neue Form und Ausgestaltung der Theologie ab. Diese wird langfristig islamische Einstellungen und Lebensformen in Deutschland beeinflussen. Und ihre Protagonisten werden manchen Kampf mit den Vertretern konservativer Einrichtungen ausfechten. Obwohl es in Rheinland-Pfalz bisher keinen islamischen Lehrstuhl gibt, sollte dieses Potenzial bei den Verhandlungen am „Runden Tisch" dennoch nicht außer Acht gelassen werden. Die Landesregierung könnte auf kreative Weise solche liberalen Strömungen integrieren.

Liest man migrationspolitische Stellungnahmen und Forderungen, so ist die Zeit, in der Integration als Anpassung an und Einpassung in bestehende Verhältnisse gedeutet wurde, vorüber. Das Zauberwort lautet Pluralität. Dies gilt mit den Erstverhandlungen am „Runden Tisch Islam" auch für die Religion. Doch Pluralität ist ein denkbar unpräziser Begriff. Daher wird es eine Aufgabe des Runden Tisches sein, auch auf Details und Inhalte zu achten und kritische Punkte anzupacken. Darunter fallen das Negativbild des Islam in der deutschen Öffentlichkeit und die Diskriminierung auf dem Wohnungs- und Arbeitsmarkt. Darunter fallen der Einfluss radikal-islamischer Strömungen auf junge Muslime und neo-osmanische Gesellschaftsbilder. Darunter fallen patriarchalische Gewaltstrukturen und die strukturelle Diskriminierung von Frauen im islamischen Familienrecht. Wenn nicht nur politisches Kalkül die Verhandlungen bestimmt, hat der Runde Tisch die Chance, wesentlich Einfluss auf das Zusammenleben der Menschen in Rheinland-Pfalz zu nehmen. Wird diese Chance verspielt, wäre dies umgekehrt ein Indiz dafür, dass zur Ausprägung eines Zusammengehörigkeitsgefühls mehr als (religions-)politische Verhandlungen gehören. *Georg Wenz*



Istanbul: Auswanderungsziel junger in Deutschland lebender Türken. (Foto: epd)

EDITORIAL

Soll eine Evangelische Akademie spezifisch theologische Fragestellungen im „Portfolio“ haben? Passt das zum traditionellen Auftrag, sich in gesellschaftspolitische Debatten einzuschalten – und damit als Grenzgängerin über den kirchlichen Kernbereich hinaus zu wirken? In den Evangelischen Akademien in Deutschland wird diese Frage kontrovers diskutiert.

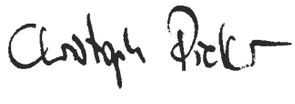
Wenn wir umstrittene Fragen der Gendiagnostik auf die Tagesordnung setzen, wie zuletzt bei einem Studientag der Akademie mit dem Evangelischen Trifelsgymnasium in Annweiler oder bei den Landauer Akademiegesprächen, dann stehen komplexe biologische, psychologische und juristische Sachverhalte zur Debatte. Selbstverständlich laden wir Fachleute ein, die differenziert Auskunft geben können. Der Homburger Humangenetiker Wolfram Henn hat das auf beeindruckende Weise getan. In anderen Fällen sind es Ökonomen, Sozialpolitiker oder Migrationsforscher, die aus ihrer Perspektive die Welt erklären.

Leitwissenschaft der Kirche ist die Theologie. Sie entfaltet die biblische Überlieferung, durchdenkt das Verhältnis von Gott und Mensch und gibt Antworten auf grundlegende Fragen unserer Existenz: von Elend, Erlösung und Dankbarkeit, von Würde und Scheitern, von Schuld und Vergebung, Leben und Tod. Wenn die Kirche als gesellschaftlicher Akteur ernst genommen werden will, tut sie gut daran, ihre eigenen Grundlagen ernst zu nehmen und qualifiziert ins Gespräch zu bringen. Mit Schlagworten und Betroffenheitsurteilen werden wir keine sinnvolle Orientierungshilfe leisten – und wenig zu einer humanen Gestaltung der Zukunft beitragen.

Akademiedirektor Christoph Picker.

Die Evangelische Akademie ist ein Ort, an dem die Ausdrucksfähigkeit und Urteilskraft des christlichen Glaubens eingeübt wird. Im Gespräch mit anderen Fachperspektiven, Erfahrungswelten und Weltanschauungen erproben wir die Relevanz der christlichen Überlieferung. Und wir kultivieren Theologie. Genauso wie wir von anderen erwarten, dass sie ihre Perspektiven vernünftig, differenziert und durchdacht einbringen. Das ist nach reformatorischer Überzeugung übrigens nicht nur eine Angelegenheit von Universitätstheologen und Amtsträgern, sondern aller mündiger Christen.

Ihr Akademiedirektor



HAUSMITTEILUNG

Erfolgreiche Drittmitteleinwerbung: Die Evangelische Akademie der Pfalz konnte sich unter zahlreichen Mitbewerbern um Drittmittel des Bundesministeriums für Bildung und Forschung (BMBF) durchsetzen. Im Rahmen der Förderlinie „Zukunftsprojekt Erde – Begleitende Tagungsreihe zum Wissenschaftsjahr 2012“ werden die Akademie-Veranstaltungen „We Feed The World“ I und II mit insgesamt über 10 000 Euro durch das Bildungsministerium gefördert. Beide Workshops sind Teil des neuen Projektes „Junge Akademie Verantwortliches Wirtschaften“, das an der Evangelischen Akademie der Pfalz 2012 startet und sich an begabte Schülerinnen und Schüler sowie Studienanfänger richtet, um sie für wirtschaftsethische Fragen zu sensibilisieren. *Jan Hendrik Quandt*

IMPRESSUM

Herausgeber: Evangelische Akademie der Pfalz, Luitpoldstr. 10, 76829 Landau, Tel.: 0 63 41 / 9 68 90-30, Fax: 0 63 41 / 9 68 90-33, e-mail: info@eapfalz.de, Direktor: Dr. Christoph Picker
Redaktion: Dr. Christoph Picker und Dr. Martin Schuck
Verlag: Verlagshaus Speyer GmbH, Beethovenstr. 4, 67346 Speyer, Tel.: 0 62 32/2 49 26, Fax: 0 62 32/13 23-44
Zuschriften an den Verlag, Redaktion Protexte.

DER ZWEITE CODE: EPIGENETIK

Ein altes Problem in Philosophie und Biologie ist die Frage, worin die Essenz eines Lebewesens besteht. Warum zeigt es sich so und nicht anders? Worin wurzeln seine Eigenschaften und Verhaltensweisen? Die moderne Genetik bietet eine schlüssige Antwort: Die genetische Ausstattung bestimmt Wesen und Erscheinung eines Lebewesens. Katrin Platzer beschreibt das neue Forschungsfeld der Epigenetik und geht der Frage nach, wie wir werden, was wir sind.

Alles begann 1865 mit den Erbsen von Gregor Mendel, der Gesetzmäßigkeiten in der Vererbung von Farbe und Form erkannte. Sechs Jahre zuvor hatte Charles Darwin „The Origin of Species“ publiziert. Seine These lautete, dass Arten entstehen, indem die am besten an die Umwelt angepassten Individuen überleben.

Anfang des 20. Jahrhunderts begann die Suche nach den molekularen Grundlagen der Vererbung. Zwar war die Desoxyribonukleinsäure (DNS) bekannt, ihre Funktion und Struktur aber ungeklärt. Avery, McLeod und McCarty konnten 1944 zeigen, dass die DNS Trägerin der Erbsubstanz ist. Neun Jahre später entschlüsselten Watson und Crick die dreidimensionale Struktur der DNS, die zu einer Ikone der Genetik avancierte.

Richard Dawkins veröffentlichte 1976 das Buch „The selfish Gene“, in dem er das Gen als fundamentale Einheit der natürlichen Selektion beschreibt, die den Organismus nur als Überlebensmaschine benutzt. Wir alle, so Dawkins, seien nichts anderes als Marionetten unserer Gene. 2001 wurde schließlich die vollständige Sequenzierung des menschlichen Genoms verkündet.

Diese Sonderrolle der Gene wird neuerdings immer stärker kritisiert. Die vereinfachende Rede von einem genetischen Programm, das in der DNS gespeichert ist und alle Angaben zur Entwicklung beinhaltet, widerspricht dem aktuellen biologischen Kenntnisstand und ist aus biophilosophischer Sicht problematisch.

Es setzt sich die Einsicht durch, dass die Frage, ob die Gene oder die Umwelt den Menschen forme, falsch gestellt ist. Zahlreiche Beispiele führen vor Augen, wie die Umwelt direkt auf das Genom einwirkt und die Aktivität der Gene steuert. Gene und Umwelt sind keine konkurrierenden Einflüsse, sondern wirken zusammen, um einen Organismus an seinen Lebensraum anzupassen.

Ein neues Forschungsfeld untersucht dieses Wechselspiel: die Epigenetik. Die griechische Wortsilbe „Epi“ bedeutet „neben, über“, das Epigenom bezeichnet also eine neue Informationsebene neben oder über dem Genom. Die Epigenetik untersucht den Einfluss der Umwelt auf die Gene, wie die Umwelt Markierungen im Genom hinterlässt und welche Folgen sich daraus ergeben. Die epigenetischen Markierungen sind dauerhaft, werden bei einer Zellteilung an die Tochterzellen weitergegeben und bilden ein Gedächtnis für vergangene Ereignisse.

> **Die Rede von einem genetischen Programm widerspricht dem aktuellen biologischen Kenntnisstand.**

Die Epigenetiker untersuchen nicht die Abfolge der Bausteine in der DNS. Sie erforschen, welche Faktoren die etwa 25 000 Gene des Erbstranges steuern. Das klassische Dogma der Biochemie des letzten Jahrhunderts lautete: Der Genotyp bestimmt den Phänotyp. Dieses Dogma muss nun aufgegeben werden.

Neue molekulare Vererbungsmechanismen sind DNS-Methylierung, Modifikation von Histonenden und Imprinting. Sie basieren auf der vererblichen chemischen Veränderung der DNS oder der Proteine, um welche die DNS im Zellkern gewickelt ist. Ihre Implikationen sind weitreichend: Sie erzwingen einen Paradigmenwechsel in der Vererbungslehre, verändern unser Verständnis vom Menschen und eröffnen neue Perspektiven in der Medizin.

Die Forschungsergebnisse der Epigenetik bestätigen die sokratische Einsicht „Scio ut nescio“. Wer hätte gedacht, dass es eine Vererbung jenseits der DNS geben könnte? Die neue Disziplin lehrt uns Bedachtsamkeit im Urteilen. Der Mensch ist weder eine Marionette seiner Gene noch ein kulturelles Ätherwesen. Der Mensch ist ein höchst komplexes Gefüge aus Natur und Kultur, Genen und Umwelteinflüssen.

Die Erkenntnisse der Epigenetik sind auch in der Biophilosophie zu diskutieren. Gen-Determinismus und Gen-Fatalismus werden widerlegt. Neue Handlungsspielräume werden eröffnet, neue Verantwortungsprobleme aufgeworfen. Wenn unsere Lebensführung genregulative Wirkung entfaltet, dann erscheinen Alltagshandlungen wie Ernährungsverhalten als Biotechniken. Fügt die transgenerationale Vererbbarkeit der erworbenen Regulationsmuster der individuellen Verantwortung der Person auch eine transgenerationale Verantwortung im biologischen Sinne hinzu? *Katrin Platzer*

Wichtiger Schritt zur Integration: Die Islamkonferenz der Bundesregierung. *(Foto: epd)*

VIELFÄLTIG UND OFFEN

Land unternimmt politische Initiative für Integration

Im vergangenen Herbst wurde der 50. Jahrestag des Anwerbeabkommens zwischen Deutschland und der Türkei gefeiert. Nach über 50 Jahren Einwanderungsgeschichte wächst langsam die Überzeugung, dass Deutschland ein Einwanderungsland ist. Miguel Vicente, Beauftragter der rheinland-pfälzischen Landesregierung für Migration und Integration, erläutert die Gründe, warum ein „Runder Tisch Islam" notwendig ist.

Deutschland ist ein Einwanderungsland. Diese Einsicht ließ lange Zeit auf sich warten. Das Thema der Integration von Zuwanderern spielte über viele Jahrzehnte eher eine Nebenrolle. Man glaubte, Ausländer müssten lediglich die deutsche Sprache lernen und sich an die hiesigen Gegebenheiten anpassen, dann würde es mit der Integration schon von alleine klappen. Es bestand der hartnäckige Glaube, Deutschland brauche sich durch die Zuwanderung nicht zu verändern, nicht in seinen Strukturen, nicht in seinem Selbstverständnis. Dieses Selbstverständnis war geprägt von der Vorstellung einer deutschen Kulturnation, die Vielfalt nicht verträgt, weil diese eine Gefahr für den Zusammenhalt einer vermeintlich homogenen Gesellschaft darstellt. Integration konnte hier zwangsläufig nur Assimilation bedeuten.

Seit gut zehn Jahren setzt sich langsam ein Konsens durch, wonach Deutschland ein Einwanderungsland ist. Politik und Gesellschaft haben in den vergangenen Jahren beachtliche Anstrengungen unternommen, um diesem Anspruch gerecht zu werden.

Doch immer wieder erleidet dieser Paradigmenwechsel Rückschläge. Vor allem die Integrationsdebatten der vergangenen Jahre zeigen, wie fragil diese Entwicklung ist. Denn diese Auseinandersetzungen bringen mehr Kollateralschäden als Nutzen mit sich. Bisher, so die bittere Erkenntnis, haben sie vor allem Ressentiments gegenüber Zugewanderten salonfähig gemacht.

Die Diskussion über den Islam und über die Muslime muss versachlicht werden.

Dies ist für viele enttäuschend. Hatte man doch bereits den Eindruck gewonnen, Deutschland mausere sich langsam, aber merkbar zum modernen Einwanderungsland; zu einem Land, das die Vielfalt der Gesellschaft als Gewinn und Vorteil, die Zuwanderung als Bereicherung betrachtet. Ein Land, das gleichzeitig Ausgrenzung und Fremdenfeindlichkeit als die größte Gefahr einer pluralen Gesellschaft offensiv bekämpft. Ein Land, das sich von der Ideologie der homogenen Kulturnation, die keine Fremdkörper verkraftet, löst und sich dem republikanischen Geist des Grundgesetzes zuwendet. Dieses rückt nicht die deutsche Kultur oder die christliche Religion als Grundpfeiler in den Vordergrund, sondern den einzelnen Menschen mit seiner Würde, seinen kulturellen und religiösen Freiheitsrechten.

Genau diese Entwicklung stellen Wortführer der Integrationsdebatte infrage. Sie sehen Deutschland durch Zuwanderung bedroht, Integrationsverweigerer unterwanderten das Land, insbesondere der Islam sei entschieden zu bekämpfen, selbst da, wo er nur als „Kopftuch" erscheint. Die deutsche Leitkultur wird wieder zum Kampfbegriff, zur Abgrenzung von dem Anderen, dem Fremden, dem Bedrohlichen.

Gegen die multikulturelle Gesellschaft zu wettern, heißt aber nicht nur, die gesellschaftliche Vielfalt zu leugnen, sondern auch an den Grundfesten unserer Verfassung zu rütteln. „Multikulti" stand nie für Beliebigkeit nach dem Prinzip „Jeder mache, was er will", sondern für Gleichheit in Vielfalt und für die konsequente Einhaltung der Rechte des Einzelnen. Im Übrigen wäre Deutschland auch ohne Muslime und Zuwanderer ein multikulturelles Land, denn hier leben verschiedene Generationen mit sehr unterschiedlichen Lebensvorstellungen zusammen: Gläubige und Atheisten, Konservative und Liberale, gut Situierte und sozial Schwache. Daher geht diese Debatte uns alle an.

Für die Politik wird deshalb eine der großen Fragen sein, wie sie diese vielfältige Gesellschaft gestalten möchte. Die neue rheinland-pfälzische Landesregierung hat sich zum Ziel gesetzt, den Weg einer modernen Integrationspolitik weiter zu gehen. Diese konzentriert sich darauf, Migrantinnen und Migranten anzuerkennen und sie wertzuschätzen. Sie kehrt sich ausdrücklich ab von der überholten Strategie, sich an den Defiziten der Menschen zu orientieren und ihre Anpassung an „unsere" Gesellschaft zu fordern. Dabei gilt es, Integrationspolitik stärker zu einer Querschnittsaufgabe werden zu lassen, um die strukturelle Integration von Zugewanderten zu verstärken. Strukturelle Integration heißt, dass alle öffentlichen Lebensbereiche sich auf die Situation und auf die Bedürfnisse aller Menschen – auch von Zugewanderten – einrichten und öffnen müssen. Die Strategie dazu ist die Interkulturelle Öffnung, die das Integrationsministerium zu seinem Schwerpunktthema für diese Legislaturperiode erklärt hat.

Interkulturelle Öffnung baut auf einer sozialpolitischen Haltung auf, die Verschiedenheit anerkennt und gleichberechtigte Teilhabe verfolgt. Sie setzt einen Lern- und Veränderungsprozess von Menschen und Organisationen in Gang, um Zugangsbarrieren abzubauen.

Interkulturelle Öffnung sollte gleichzeitig zum Bestandteil einer Politik der Vielfalt entwickelt werden. Dazu müssen wir Bereiche der Gleichstellungspolitik (Frauen, Behinderte, ältere Menschen, sexuelle Orientierung und andere) im Sinne einer ganzheitlichen Vielfaltstrategie näher zusammenführen und stärken. Aus diesem Grund hat die Landesregierung eine übergreifende Antidiskriminierungsstelle geschaffen.

Wenn wir über gesellschaftliche Vielfalt reden, dann dürfen wir die Religion nicht aus den Augen verlieren. Die Islamfeindlichkeit hat in Deutschland bedenkliche Ausmaße angenommen. So zeigen jüngste Umfragen, dass rund 46 Prozent der Deutschen meinen, es gebe zu viele Muslime in Deutschland, und 52 Prozent sind überzeugt, dass der Islam eine Religion der Intoleranz ist.

Um dieser Entwicklung zu begegnen, brauchen wir zweierlei: Wir müssen die Diskussion über den Islam und über Muslime in Deutschland versachlichen. Ängste und fehlende Kenntnis über den Islam machen viele Menschen anfällig für die populistischen Verführungen manch selbst ernannten Islamkritikers. Gleichzeitig brauchen wir eine klare Haltung zum Islam, die keine Zweideutigkeiten erlaubt. Abstrakte Grundsatzdebatten über die Frage, ob der Islam in die westliche Gesellschaftsordnung hineinpasst und ob er überhaupt mit der Werteordnung einer liberalen Demokratie kompatibel ist, sind überflüssig. Muslime sind ein fester Teil unserer Gesellschaft – in diesem Punkt gibt es kein Zurück.

Die Landesregierung und die muslimischen Verbände suchen den regelmäßigen Austausch, um sich gemeinsam mit aktuellen Anliegen und Fragen zu befassen. Daher gründete die Landesregierung jetzt den Runden Tisch Islam – nicht um unverbindlich zu plaudern, sondern um einen Dialog auf Augenhöhe anzustoßen und zu etablieren.

Auf dem Weg zu gelungener Integration: Eltern-Kind-Treffen in einer Kindertagesstätte mit hohem Anteil türkischer Kinder. *(Foto: epd)*

Eine Parallelgesellschaft lässt sich nicht empirisch belegen

Migrationsforschung zeichnet differenziertes Bild der Integrationsbemühungen

Einer der Referenten der Tagung „Leben in Almanya“ am 11. und 12. November 2011 war Haci-Halil Uslucan, Wissenschaftlicher Leiter des Zentrums für Türkeistudien und Integrationsforschung sowie Professor für Moderne Türkeistudien an der Universität Duisburg-Essen. Thema seines Vortrags war: „Parallelgesellschaften: Fakt oder Fiktion? Wie fremd sind uns die Türken heute noch?“ 50 Jahre nach dem Anwerbeabkommen zwischen der Türkei und Deutschland präsentierte Uslucan Forschungsergebnisse, die belegen sollten, dass die populäre Rede von einer „Parallelgesellschaft“, in der sich Migranten abschotten, zu kurz greift und nicht geeignet ist, die vielfältigen Akkulturationsorientierungen zu erfassen. Tatsächlich gibt es eine große Anzahl von Übereinstimmungen in der Werteorientierung von Migranten und einheimischer Bevölkerung, die eine differenzierte Beschreibung notwendig machen.

Uslucan begann seinen Vortrag, indem er die Tagungsteilnehmer mit Zitaten zum deutschen Türkenbild aus verschiedenen Jahrhunderten konfrontierte. So sprach Erasmus von Rotterdam von der „abscheulichen Türkenrasse“, und Martin Luther machte beim Kampf gegen die Truppen des Osmanischen Reichs ein gutes Gewissen, weil es nicht „wider Menschen“ geht, sondern „ir wider Teuffel streitet“. Karl May schrieb Ende des 19. Jahrhunderts in seinem Roman „Von Bagdad nach Stambul“, der „Türke war ein zwar rauer, aber wackerer Nomade, ein ehrlicher, gutmütiger Geselle“.

Zu Beginn der Erforschung von Bedingungen gelingender Integration seien sowohl Wissenschaft als auch Politik vom Begriff des „Kulturkonflikts“ und dem vermeintlichen Aufeinanderprallen miteinander unverträglicher Werte ausgegangen. Dies sei nicht nur für Einzelindividuen unterstellt worden, sondern habe sich zur Annahme einer grundsätzlichen Wertekonfrontation zwischen Aufnahme- und Entsendegesellschaften ausgeweitet. In den ersten Jahren der Einwanderung habe kaum jemand in Deutschland die Integration der „Gastarbeiter“ gefordert, da den Migranten der Wille zur möglichst schnellen Rückkehr unterstellt worden sei. Tatsächlich zeichnete sich die erste Generation durch eine starke Bindung an die Heimat aus; deutlich wurde das, so Uslucan, an „materiellen wie psychischen Investitionen in die Heimatkultur“.

Integration, Assimilation, Separation und Marginalisierung sind unterschiedliche Strategien der Anpassung.

Die Orientierung an die Kultur der Türkei erwies sich bereits für die nachfolgende Generation als Integrationshemmnis, da sie „weder über die kulturell gefestigten Basisorientierungen“ verfügte, noch unmittelbar in der Lage war, „kulturelle Orientierungen der Aufnahmegesellschaft nahtlos zu adaptieren“. Uslucan betonte, dass vor diesem Hintergrund seit den 1970er Jahren auf die Notwendigkeit einer sinnvollen Integrationsstrategie hingewiesen worden sei. Die frühe Migrationsforschung habe deshalb versucht, die besondere Problematik der Kinder mit Migrationshintergrund zu erfassen. Dabei sei die Annahme leitend gewesen, dass Kinder aus Migrantenfamilien gezwungen seien, ihr kulturelles Bezugssystem zu wechseln, und dass dieser Kulturwechsel zu einem Prozess der Veränderung ihrer Identität führen müsse, der notwendig einen kulturellen Konflikt nach sich ziehe. Als Ursache für diesen Konflikt habe die damalige Forschung – Uslucan berief sich dabei auf eine Studie von 1979 – entgegengesetzte Einflüsse der Familie auf der einen und Einflüsse des Migrationslandes auf der anderen Seite ausgemacht. Auch sei mit diesem Ansatz der „bikulturellen Sozialisation“ die Idee verbunden gewesen, dass sich die Diskrepanz der beiden Kulturen negativ auf die Entwicklung der Kinder auswirke und im Jugendalter zwangsläufig zu Identitätsproblemen führe. Als weitere Grundlage dieses Ansatzes nannte Uslucan die Zumutung für Migrantenkinder, sich mit der Frage der Zugehörigkeit zu einer Minderheit auseinanderzusetzen und eine „ethnische Identität“ auszubilden.

Obwohl der „bikulturellen Sozialisation“ eine gewisse Alltagsplausibilität nicht abgesprochen werden könne, bleibe an diesem Ansatz die Annahme problematisch, „dass die Ursachen der Probleme von Migrantenkindern eindeutig auf den Kulturwechsel und die damit zusammenhängenden Konflikte zurückgeführt werden“, so Uslucan. Obwohl der Bezug auf zwei Kulturen ein wichtiger Aspekt der Situation von Migranten sei, könne der „Kulturwechsel“ nicht einseitig als Entwicklungseinschränkung des Individuums betrachtet werden; es müsse vielmehr reflektiert werden, dass die unterschiedlichen kulturellen Hintergründe neben den entwicklungshemmenden auch die Entwicklung begünstigende Seiten habe. Begünstigt werde die individuelle Entwicklung von Migrantenkindern alleine schon durch die Tatsache der Zweisprachigkeit, weil dadurch die Sprachkompetenz gefördert werde, und der kulturellen Vielfalt als einer Ressource kreativer Problemlösungsprozesse in vielerlei Situationen.

Neuere Ansätze in der Migrationsforschung, die über die Ergebnisse der „bikulturellen Sozialisation“ hinausgehen, hätten ergeben, so Uslucan, dass Migranten bei der Gestaltung ihres Verhältnisses zur Einwanderungsgesellschaft auf vier unterscheidbare Optionen zurückgreifen. Im Einzelnen handelt es sich dabei um Integration, Assimilation, Separation und Marginalisierung. Während bei Integration und Assimilation die Handlungsoptionen stärker auf die aufnehmende Gesellschaft bezogen seien, sei Separation durch eine stärkere Abgrenzung zur aufnehmenden Gesellschaft bei gleichzeitiger Hinwendung zur eigenen Ethnie gekennzeichnet. Problematisch sei die Marginalisierung, da bei dieser Option die Abgrenzung überwiege, die allerdings oft als Folge frustrierter Assimilations- oder Integrationswünsche verstanden werden müsse.

Uslucan betonte, dass die vier genannten Orientierungen auch bei den Vertretern der Aufnahmegesellschaft vorliegen können. Integration liege dann vor, wenn die Aufnahmegesellschaft Akzeptanz und Wertschätzung gegenüber der Kultur der Migranten aufbringe und ihnen dadurch die Übernahme der eigenen kulturellen Muster erleichtern würde. Die Assimilationsorientierung dagegen sei von der Erwartung geprägt, dass Migranten ihre eigene Kultur aufgeben und die kulturellen Muster der Aufnahmegesellschaft übernehmen. Distanzierten sich die Vertreter der Aufnahmegesellschaft von Migranten und wünschten nicht, dass diese die Kultur des Aufnahmelandes annehmen, billigten ihnen aber die Beibehaltung der eigenen kulturellen Bezüge zu, so handele es sich um eine Orientierung in Richtung Segregation; eine Exklusion schließlich liege dann vor, wenn die Mitglieder der Mehrheitsgesellschaft sich gegenüber Migranten nicht nur intolerant verhalten, sondern ihnen sowohl die Übernahme kultureller Muster des Aufnahmelandes verweigern als auch das Recht absprechen, starke Bezüge zu ihrer Herkunftskultur aufrechtzuerhalten.

Stelle man diese unterschiedlichen Akkulturationsorientierungen, die sowohl bei Migranten als auch bei Vertretern der Aufnahmegesellschaft möglich seien, einander gegenüber, so stelle man fest, dass lediglich das Aufeinandertreffen von integrations- und assimilationsorientierten Haltungen relativ unproblematisch sei; alle anderen Haltungen wertet Uslucan als problembehaftet und sieht darin einen Nährboden für Konflikte. Andererseits stünden jedoch auch dem Wunsch nach Integration aus psychologischer Sicht Hindernisse entgegen. Bei einer Migrationfamilie fänden nicht nur bei Kindern, sondern auch bei Erwachsenen Sozialisationsprozesse statt, was letztlich alle Personen zwinge, ihr Verhaltensrepertoire zu erweitern und umzuorganisieren. Dabei könne festgestellt werden, dass eine Hinwendung zu den Standards der Aufnahmekultur in gleichem Maße mit einer Entfernung von den Werten der Heimatkultur korrespondiere. Die Mehrzahl der Migrantenfamilien finde keine befriedigende Lösung für den Widerspruch, sich einerseits integrieren zu wollen, andererseits aber ihre kulturellen Wurzeln nicht aufzugeben, so der von Uslucan vorgetragene Befund. Ebenso wenig seien die gesellschaftlichen und politischen Rahmenbedingungen für gelingende Integration geklärt, wie die Diskussionen um eine deutsche Leitkultur sowie die Debatten der zurückliegenden Jahre um Zuwanderung und doppelte Staatsbürgerschaft gezeigt hätten.

In der Migrationsforschung herrsche jedenfalls Einigkeit darüber, dass die Vorstellung, die allmähliche Assimilation der Zuwanderer an die Lebensformen der Mehrheitsgesellschaft sei ein unumkehrbarer Prozess, in dieser Form nicht haltbar sei. Vielmehr zeigten Migranten unterschiedliche Assimilationsstrategien, wobei sich besonders Kinder in ihren Familien starken Belastungen ausgesetzt sehen, weil sie sich aufgrund ihrer schulischen Sozialisation im Einwanderungsland rascher und intensiver als ihre Eltern mit einem – wie Uslucan es nennt – „bikulturellen Konflikt“ auseinandersetzen müssen. Die Folge sei eine „dissonante Akkulturation“, was bedeute, dass Kinder immer mehr als „Kulturübersetzer“ ihre Eltern bei der Akkulturation unterstützen müssten.

Zwischen Deutschen und türkischen Migranten gibt es eine hohe Übereinstimmung bei wichtigen Werten.

In der Folge reicherte Uslucan diese eher theoretischen Überlegungen aus der Migrationsforschung mit Ergebnissen von empirischen Erhebungen unter türkischen Migranten an. Dabei präsentierte er Ergebnisse einer Untersuchung zur sozialen Identität türkischer Jugendlicher, wonach sich 57 Prozent der Befragten als „türkisch“ verstanden, jedoch auch 30 Prozent sich als „bikulturell“ bezeichneten. Als ausschließlich „deutsch“ wollte sich nur ein Anteil von einem Prozent verstehen, zwölf Prozent dagegen ordneten sich keiner dieser Gruppen zu. Die homogenisierende Redeweise von „der türkischen Kultur“ oder „den Türken“ sei im Blick auf diese Personengruppe jedenfalls kaum zulässig. Auch die immer wieder geäußerte Furcht vor einer „Parallelgesellschaft“ sei zwar ein beliebtes Debattenthema, werde jedoch nicht durch die Ergebnisse der Befragungen gedeckt.

Weiterhin präsentierte Uslucan Ergebnisse einer von ihm selbst durchgeführten Befragung über die Werteorientierung von türkischen Migranten und Deutschen. Im Ergebnis, so Uslucan, unterscheiden sich beide Gruppen kaum voneinander: „Für alle sind Familie und familiäre Sicherheit, Freiheit und Freundschaft die wichtigsten Werte. Auch bei der Frage, was ihnen eher unwichtig ist, lässt sich zumindest im Hinblick auf die geringe Bedeutung der Autorität eine Übereinstimmung finden.“ Allerdings präsentierte Uslucan auch ein Ergebnis seiner Studie, bei dem sich Deutsche und türkische Migranten signifikant unterscheiden: „Traditionalität wird in der deutschen Stichprobe von Frauen eher geringer geschätzt, in der türkischen Stichprobe dagegen von Frauen – im Vergleich zu Männern – eher favorisiert; dagegen ist im Geschlechtervergleich der Wert der Freiheit in der deutschen Stichprobe für Frauen größer, in der türkischen Stichprobe wird er eher von Männern favorisiert.“

Uslucan betonte, dass es angesichts der großen Anzahl an positiven Werteübereinstimmungen wenig sinnvoll sei, von einer Parallelgesellschaft der Migranten zu sprechen. Allerdings sei festzustellen, dass gerade jugendliche Migranten weitaus stärker als deutsche Jugendliche eher konservativen Werten anhängen. Bei der Deutung der Daten sei jedoch Vorsicht geboten, da es bei den türkischen Befragten eine hohe Varianz bei der Werteausprägung gebe. Man könne, so Uslucan, im Blick auf die Herkunft der türkischen Befragten, von einem starken Ost-West-Gefälle ausgehen – für die Werteorientierung sei es mit entscheidend, ob die Familien der Befragten aus dem ländlichen Anatolien oder dem Großraum Istanbul stammen. Ebenso sei festzustellen, dass jüngere Migranten ein deutliches Bedürfnis hätten, sich von der Mehrheitsgesellschaft abzugrenzen und offensiv die Differenzen zu betonen.

Die Erwartungen, dass gerade jüngere Migranten sich in ihren Wertauffassungen an ihre deutschen Altersgenossen angleichen würden, ließen sich mit den vorhandenen Daten jedenfalls nicht bestätigen, betonte Uslucan. Insgesamt, so sein Fazit, sei es jedoch eine weiterführende Aufgabe der ganzen Gesellschaft, ein Verständnis von Kultur zu entwickeln, das sich als gemeinsamer Zukunftsentwurf verstehe und nicht den rückwärtsgerichteten Herkunftsbezug betone. *Martin Schuck*

Enge Zusammenarbeit: Das Institut für Integration und interreligiosen Dialog und die Sultan-Selim-Moschee. *(Foto: epd)*

DAS GEFÜHL DER PIONIERE

Islamische Krankenhausseelsorge befindet sich im Aufbau

Auftakt für die Ausbildung für Islamische Krankenhausseelsorge am Mannheimer Institut für Integration und interreligiösen Dialog e.V. war nach manchen Schwierigkeiten und Verzögerungen am 27. Januar 2012. Obwohl das Mannheimer Institut bereits einen Ausbildungsdurchgang für Islamische Krankenhausseelsorge mit Erfolg durchgeführt hatte, war dieser zweite Ausbildungsdurchgang noch lange nicht Routine, da die ganze Entwicklung der Islamischen Krankenhaus- und Notfallseelsorge immer noch in den Anfängen ist. Sie befindet sich sozusagen im Zeitalter der Pioniere. Als ich bei der Auftaktveranstaltung die Teilnehmerinnen und Teilnehmer kennengelernt hatte, kam mir zwangsläufig folgender Gedanke: „So müssen sich wohl die ersten Pioniere gefühlt haben. Ein Mix von unterschiedlichen Gefühlen, dominiert von Entschlossenheit und Courage mit dem klaren Ziel vor den Augen, etwas bewegen und Neues anfangen zu wollen. Die Bedürftigkeit an seelischem Beistand und Hilfe für die Patienten im Krankenhaus ist ihnen Ansporn, hier dabei zu sein und ihren Anteil an den gesellschaftlichen Aufgaben zu tragen."

Sehr schnell stellte sich heraus, dass die Teilnehmergruppe sehr dynamisch ist. Ihre Dynamik nimmt sie nicht nur von der Motivation der Teilnehmerinnen und Teilnehmer, sondern eher von ihrer Heterogenität. Es sind unterschiedliche Nationalitäten und Sprachen anzutreffen. Freiberuflich Tätige neben Fabrikarbeitern, Studierenden, Theologen, Psychologen, Pädagogen, Juristen, Friseuren sowie Ehrenamtlichen. Das ist nur eine Auswahl der Berufsbezeichnungen, die während der Vorstellungsrunde der Teilnehmer gefallen sind.

Die Heterogenität spiegelt sich auch in den Beweggründen der Teilnehmerinnen und Teilnehmer wider. Erfahrungen, die manche bei sich selbst oder im Bekanntenkreis gemacht hatten, führten zur Erkenntnis, dass auch Muslime einen seelischen Beistand und seelische Begleitung brauchen.

Einige sahen sich dazu berufen, als Seelsorger helfen zu wollen, da sie seit jeher, wo immer sie Gelegenheit haben und Bedarf besteht, Menschen behilflich sind. Die Ausbildung für Islamische Krankenhausseelsorge verleiht ihrem Anliegen Sinn und Form. Andere dagegen meinten, als Muslim hier in Deutschland und als Teil der Gesellschaft sei es ihre Aufgabe, einen Anteil an den gesellschaftlichen Aufgaben mit zu übernehmen. „Die christlichen Kirchen bieten ihren Gemeindemitgliedern und den Mitmenschen Seelsorge an. Wir, die muslimischen Gemeinden, sollten auch unseren Gemeindemitgliedern und unseren Mitmenschen dies anbieten können. Das ist meine Motivation", betonte ein Teilnehmer.

> **„Ich bekomme in dieser Gruppe und bei dieser Ausbildung mehr zurück, als ich gegeben habe."**

Es war auch zu hören: „Die soziale Situation der Muslime in Deutschland hat sich geändert. Die Familie reicht in vielen Notlagen nicht mehr aus. Die muslimische Gemeinschaft muss sich deshalb weiterentwickeln. Eine Islamische Krankenhausseelsorge ist nötig."

Im Laufe der Ausbildung erhalten die Teilnehmerinnen und Teilnehmer theoretische Weiterbildung in verschiedenen Themenfeldern; dazu gehören die Medizinethik, die Grundlagen der Kommunikation sowie Information über Gesprächstechniken. Daneben standen die Entwicklungsgeschichte der christlichen Seelsorge und ein erweitertes Basiswissen zur Islamischen Theologie auf dem Programm.

Der praktische Teil der Ausbildung ist nicht nur weitaus umfangreicher als der theoretische Teil, auch die Theorie selbst wurde kontinuierlich mit praktischen Aktivitäten vermengt, etwa durch interkulturelle Sensibilisierung, Kommunikationstraining und Rollenspiele.

Gesprächsprotokolle von christlichen Seelsorgern wurden analysiert und diskutiert. Dabei wurde der Blick darauf gelenkt, wie das Problem des Beispielgesprächs in einem islamisch geprägten Kulturfeld thematisiert werden könne und wie sich der Gesprächsverlauf verändern würde. Sehr großer Wert wird in der Ausbildung auf Erfahrungsaustausch gelegt. Vertreter des Krankenhauspflegedienstes, des Kliniksozialdienstes, des evangelischen und katholischen Seelsorgedienstes sowie der Friedhofsverwaltung wurden als Referenten eingeladen. Zudem wurden muslimische Seelsorger eingeladen, die den ersten Ausbildungsdurchgang für Islamische Krankenhausseelsorge bereits absolviert hatten und seit über einem Jahr als Seelsorger tätig sind, um über ihre Erfahrungen zu berichten. Alle Referenten haben ohne notgedrungene Schönfärberei die Realität mit all ihren schwierigen und bitteren Facetten wiedergegeben. Angesichts der Erfolgserlebnisse und dem Gefühl, dass ihre Hilfe ankommt, würden sie jedoch ihre Seelsorgetätigkeit trotz aller schwierigen Umstände nicht missen wollen. Die Fragen aus der Gruppe und der Erfahrungsaustausch mit den Referenten waren intensiv und nicht selten emotional. Die Teilnehmer teilten ihre Leidenserfahrungen und -geschichten mit den anderen. Dabei flossen auch einige Tränen. Mit jeder Sitzung ist die Gruppe mehr und mehr zusammengewachsen.

Nach einigen Sitzungen sagte ein Teilnehmer: „Ich bekomme in dieser Gruppe und bei dieser Ausbildung mehr zurück, als ich gegeben habe und geben kann. Ich spüre, man wird bei der Seelsorge selbst geformt." Ein anderer Teilnehmer bestätigte diese Feststellung mit den Worten: „Bei jeder Sitzung lerne ich so viele neue Sachen und bekomme so viele neue Erfahrungen mitgeteilt. Vieles, was ich wusste, wird neu reflektiert und geformt und von unterschiedlichen Standpunkten durchleuchtet. Es gewinnt eine andere Klarheit. Nach jeder Sitzung sage ich mir im positiven Sinne: Worauf habe ich mich denn hier eingelassen?"

Als ich mich von den Teilnehmerinnen und Teilnehmern verabschiedet habe, waren sie aufgeregt und voller Tatendrang, da die Praktikumswochen bevorstanden. Die Praktikumszeit, in der sie jetzt stehen, wird von erfahrenen Supervisoren begleitet. Im Anschluss an das Praktikum werden die Supervisoren mit den Teilnehmerinnen und Teilnehmern intensive Gespräche führen und reflektieren, damit sie mit sicheren Schritten auf dem Weg zum Islamischen Krankenhausseelsorger weiter fortschreiten können. So sind auch die Pioniere mit festen Schritten ihren Weg gegangen. *Duran Terzi*

Ort europäischer Kultur

Heike Arend über die Arbeit der Zukunftsinitiative

Heike Arend ist Geschäftsführerin der „Zukunftsinitiative Rheinland-Pfalz“ (ZIRP), die ihren Sitz bei der Landesregierung in Mainz hat und zu den Kooperationspartnern der Evangelischen Akademie der Pfalz gehört. Seit einigen Jahren verantworten die ZIRP und die Evangelische Akademie gemeinsam die Veranstaltungsreihe „Politischer Advent“. Martin Schuck sprach mit Heike Arend über die Zukunftsvorstellung der ZIRP und die Motive für die Zusammenarbeit mit der Evangelischen Akademie der Pfalz.

Was verbirgt sich hinter der „Zukunftsinitiative Rheinland-Pfalz“?

Die „Zukunftsinitiative Rheinland-Pfalz“ (ZIRP) stärkt im gemeinsamen Engagement von Wirtschaft, Wissenschaft und Politik das Land als attraktiven Standort. Sie vermittelt zwischen den gesellschaftlichen Gruppen, fördert einen sachlichen und nachhaltigen Dialog und gibt Impulse für zukunftsweisende Themen und Projekte. Ermöglicht wird die Arbeit der Initiative durch einen Trägerverein: 80 Persönlichkeiten, Unternehmen und Institutionen aus Wirtschaft, Politik, Wissenschaft und Kultur tragen diese bundesweit einmalige Form der öffentlich-privaten Zusammenarbeit.

Auf welchem Weg sind Sie zur ZIRP gekommen?

Als Mitarbeiterin der Staatskanzlei Rheinland-Pfalz, die zuständig war unter anderem für die Themen Arbeit, Ausbildung, Bildung und Fachkräftesicherung, habe ich die Arbeit der ZIRP aufmerksam begleitet. Seit Mai 2011 ist die ZIRP-Geschäftsstelle organisatorisch angebunden an die Staatskanzlei.

Welchen Stellenwert hat die Kooperation mit einer Einrichtung wie der Evangelischen Akademie der Pfalz für die Arbeit der ZIRP?

Heike Arend. (Foto: ZIRP)

Zur Qualität eines Standorts, an dem Menschen gerne leben, arbeiten und ihre Freizeit verbringen, gehört auch der gesellschaftliche Zusammenhalt; die Verbindung in einem Gemeinwesen über Werte. Die Evangelische Akademie der Pfalz thematisiert diese wichtigen Fragen des sozialen Zusammenhalts, eines guten Bildungssystems und der Gestaltung eines Gemeinwesens.

Eine Veranstaltung von ZIRP und Evangelischer Akademie ist der „Politische Advent“. Dort soll es um theologische und kirchliche Impulse für die politischen Gestaltungsaufgaben gehen. Welche Impulse können die Kirchen der Politik geben?

Politische Entscheidungsträger stehen immer auch in Abwägungsprozessen und müssen Prioritäten setzen. Elementare gesellschaftliche Werte wie soziale Gerechtigkeit und Teilhabechancen müssen dabei immer wieder austariert und im gesellschaftlichen Diskurs betont werden. Dazu geben die Kirchen einen wichtigen Anstoß.

Im Internetauftritt der ZIRP steht ein Satz des Theologen und Friedensnobelpreisträgers Albert Schweitzer: „Keine Zukunft vermag wieder gutzumachen, was du in der Gegenwart versäumst.“ Gibt es innerhalb der ZIRP eine Vorstellung, wie eine gute Zukunft aussehen könnte?

Die ZIRP will nach ihrem Selbstverständnis dazu beitragen, dass Rheinland-Pfalz als internationaler Wirtschaftsstandort, als attraktiver Lebens- und Arbeitsraum und zentraler Ort europäischer Kultur gestärkt wird. Dazu gehört, dass sie sich mit den großen Herausforderungen des demografischen Wandels, der Globalisierung und des Klimawandels befasst und ihre Auswirkungen auf Rheinland-Pfalz analysiert. Letztlich mündet diese Auseinandersetzung immer in die sehr konkrete Beratung von Politik und Wirtschaft.

Die ZIRP

Im November 1992 wurde die „Zukunftsinitiative Rheinland-Pfalz“ von einem kleinen Kreis rheinland-pfälzischer Persönlichkeiten aus Wirtschaft, Politik, Wissenschaft und Kultur ins Leben gerufen. Neben dem damaligen rheinland-pfälzischen Ministerpräsidenten Rudolf Scharping und Wirtschaftsminister Rainer Brüderle gehörten unter anderen der BASF-Vorstandsvorsitzende Jürgen Strube, der Präsident der Universität Kaiserslautern, Klaus Landfried, der ZDF-Intendant Dieter Stolte und der Dirigent Klaus Arp zu den Gründungsmitgliedern. Träger der ZIRP ist eine öffentlich-private Partnerschaft zwischen Landesregierung und etwa 80 Mitgliedern aus unterschiedlichen gesellschaftlichen Bereichen.

Die ZIRP betrachtet nach eigenen Angaben die Förderung des Wissens- und Erfahrungstransfers zwischen Experten, Entscheidungsträgern und der Öffentlichkeit als ihre Aufgabe. Umgesetzt wird dies in Workshops, Vortragsreihen und Podiumsgesprächen zu wirtschaftlichen, politischen und wissenschaftlichen Themen. Im Zentrum stehen dabei die fünf Themenfelder Zukunftsradar 2030, wirtschaftspolitische Strategien und Initiativen, internationale Zusammenarbeit, Wissenschaft, Innovation und Technik sowie Kultur.

Die Geschäftsstelle in Mainz wird unterstützt von einem Trägerverein. Dessen Vorsitzende ist die Arbeitsdirektorin der BASF, Margret Suckale; Ministerpräsident Kurt Beck ist stellvertretender Vorsitzender. Zu den weiteren Mitgliedern des Vereinsvorstands gehört auch Kirchenpräsident Christian Schad.

Freunde suchen Freunde

Einladung zur Mitgliedschaft. Wir unterstützen und begleiten die Arbeit der Akademie. Wir setzen uns mit Fragen der Zeit auseinander, am liebsten gemeinsam mit anderen. Mit unseren Aktivitäten wollen wir unserer Region neue Impulse geben und einen Dialog aktueller Themen ermöglichen. Wir engagieren uns nicht nur persönlich und finanziell, sondern auch ganz bewusst durch eigene Veranstaltungen wie Vorträge, Tagungen und Publikationen. Unser Jahresbeitrag beträgt 30 Euro. Auch über zusätzliche Spenden freuen wir uns und stellen Ihnen auf Wunsch eine steuerlich anerkannte Spendenbescheinigung aus.

Werner Simon, Vorsitzender

Ihre Vorteile als Mitglied: ➢ Sie werden zu den Veranstaltungen der Akademie und des Freundeskreises eingeladen. ➢ Sie werden bei Veranstaltungen mit begrenzter Teilnehmerzahl bevorzugt. ➢ Sie erhalten kostenlos die Akademiezeitung Protexte und Informationen über weitere Veröffentlichungen.

So werden Sie Mitglied: Rufen Sie uns einfach an, wir schicken Ihnen die Beitrittserklärung mit allen weiteren Informationen, Telefon 0 63 41 / 9 68 90-30, oder schicken Sie uns eine e-mail: info@eapfalz.de. Oder schreiben Sie uns kurz: Evangelische Akademie der Pfalz, Luitpoldstr. 10, 76829 Landau

GESELLSCHAFT DER FREUNDE DER EVANGELISCHEN AKADEMIE DER PFALZ E.V.

Interkulturalität als Thema

Der „Fachbereich 6: Kultur- und Sozialwissenschaften“ der Universität Koblenz-Landau bietet im kommenden Sommersemester in Landau gemeinsam mit der Evangelischen Akademie der Pfalz und dem EFWI eine Ringvorlesung zum Thema „Interkulturalität“ an. Aus unterschiedlichen Perspektiven soll nach den „Herausforderungen und Chancen des Bekannten und Unbekannten“ gefragt werden.

Deutschland ist längst ein Einwanderungsland geworden. Aktuell sind etwa zehn Millionen Menschen nicht deutscher Herkunft Teil unserer Gesellschaft und bestimmen das kulturelle Leben mit. Erst mit Verspätung haben Gesellschaft und Politik diese Entwicklung als Wirklichkeit akzeptiert und begonnen, sie bewusst in den Blick zu nehmen.

Die Ringvorlesung nimmt Bezug auf die Wirklichkeit der zunehmend multikulturellen und multireligiösen Gesellschaft und stellt sich der Frage nach den Herausforderungen, die sich durch diese soziale Entwicklung für Wissenschaft, Politik, Religion und Schule ergeben. Insgesamt sind sieben Vorträge vorgesehen. Professor Stephan Merten wird aus sprachwissenschaftlicher und -didaktischer Sicht nach der Rolle der Sprache im interkulturellen Dialog und nach den in der Diskussion gängigen Sprachbegriffen selbst fragen. Inwieweit sich in der konkreten sprachlichen und kulturellen Begegnung eine interkulturelle Wirklichkeit ergibt, stellt der Publizist Martin Graff dar, der dabei auf die deutsch-französische Nachbarschaft und den elsässischen Dialekt schaut. Aus der Sicht der Pädagogik wird Professor Norbert Wenning die Herausforderungen moderner Pluralitäten in den Blick nehmen. Wie weit sich im gegenwärtigen Neben- und Miteinander der Weltreligionen die einzelnen Religionen unter Rückgriff auf ihre jeweiligen Traditionen wechselseitig wahrnehmen und deuten und welche Auswirkungen das Bewusstsein von der Vielfalt der Religionen für den Wahrheitsanspruch der eigenen Religion besitzt, ist das Themenfeld, dem sich Professor Reinhold Bernhardt von der Universität Basel zuwenden wird.

Einen eigenen Block bilden Vorträge zum politisch-gesellschaftlichen Problemfeld der Interkulturalität. Zu Themen dazu werden Francesca Chillemi Jungmann und der frühere Bundesverfassungsrichter Professor Udo di Fabio sprechen; weiterhin läuft eine Anfrage bei der rheinland-pfälzischen Integrationsministerin Irene Alt, von der man Aufschluss erwartet, wie die interkulturellen Herausforderungen politisch angenommen werden.

Im Anschluss an die jeweiligen Fachbeiträge werden sachkundige Kommentatoren eigene Stellungnahmen formulieren, die ergänzend oder kritisch beleuchtend eine Diskussion initiieren sollen, in die auch das Publikum einbezogen werden kann.

Ziel der Ringvorlesung ist es, Konturen im Sinne einer ersten Zwischenbilanz des interkulturellen Zusammenlebens in Deutschland vorzustellen, wobei sowohl die gesellschaftlichen, pädagogischen, sprachlichen als auch die religiösen und politischen Dimensionen von Interkulturalität berücksichtigt werden sollen. *Lothar Bluhm*

Was wollen Sie wissen?

So kommen Sie an mehr Informationen: Rufen Sie uns an unter 0 63 41 / 9 68 90-30 oder füllen Sie diesen Coupon aus. Sie können ihn uns faxen unter 0 63 41/ 9 68 90-33 oder mit der Post schicken: Evangelische Akademie der Pfalz, Luitpoldstr. 10, 76829 Landau. Wer schnell an ganz aktuelle Informationen kommen will, besucht uns im Internet unter www.eapfalz.de

Vorname _____ Name _____

e-mail _____ Beruf _____

Straße/Nr. _____

PLZ/Ort _____

Tel. privat _____ Tel. dienstlich _____

Akademieprogramm

Stand April 2012

11. und 12. Mai 2012
Tagung in Landau, Butenschoen-Haus
Wenn die Welt aus den Fugen gerät – Katastrophenerfahrung und Religion
Katastrophen erschüttern unser urmenschliches Sicherheitsbedürfnis. Die Tagung fragt danach, welche rituellen Formen nach Katastrophen angemessen sind und welche Konsequenzen sich für Prävention und ethisch verantwortetes Handeln ergeben. In Zusammenarbeit mit der Evangelischen Akademikerschaft Pfalz-Saar.

11. bis 13. Mai 2012
Tagung in Bad Dürkheim, Martin-Butzer-Haus
Sprichst du … zum Beispiel Politik? – Sprache als zentrales Instrument von politischem Leben
Im Rahmen der Tagung werden die unterschiedlichen Funktionen politischer Sprache untersucht.
Für Jugendliche und junge Erwachsene bis 27 Jahre.

Mai bis Juli 2012
donnerstags, 18 bis 20 Uhr, Ringvorlesung in Landau, Hörsaal 2, Campus Landau
Interkulturalität – Herausforderungen und Chancen des Bekannten und Unbekannten
In Kooperation mit dem Fachbereich Kultur- und Sozialwissenschaften der Universität Koblenz-Landau und dem Erziehungswissenschaftlichen Fort- und Weiterbildungsinstitut Landau.

29. Mai bis 2. Juni 2012
Tagung in Enkenbach, Haus Mühlberg
Denk, Maschine! – Wie man ein künstliches Subjekt baut und ob wir das tun sollten
Im Rahmen der Tagung befassen sich medizinisch-biologische und psychologische, kognitions-wissenschaftliche und computertechnische sowie philosophische und ethische Beiträge kritisch mit dem Problem der neuronalen Computersimulation des Geistes.
Für Jugendliche und junge Erwachsene bis 27 Jahre.

22. Juni 2012
Autorentagung in Landau, Butenschoen-Haus
Pfälzische Landeskirche im Nationalsozialismus – Ein Handbuchprojekt
Im Nationalsozialismus gehörten die beiden großen Kirchen zu den wenigen Institutionen, die sich nicht reibungslos gleichschalten ließen. Trotzdem erlag der Protestantismus weithin dessen Versuchungen. Die Tagung untersucht den Zusammenbruch kirchlicher und demokratischer Strukturen in der Pfalz. In Zusammenarbeit mit dem Verein für Pfälzische Kirchengeschichte.

22. bis 24. Juni 2012
Tagung in Bad Dürkheim, Martin-Butzer-Haus
Politische Rhetorik – Die Märchen der Macht
Die politische Rhetorik zielt unmittelbar auf ein zuhörendes Kollektiv, das es zu überzeugen gilt. Im Rahmen der Tagung werden zentrale Strukturen und Entwicklungen politischer Rhetorik vorgestellt und aktuelle Probleme politischer Rede diskutiert.
Für Jugendliche und junge Erwachsene bis 27 Jahre.

24. und 25. August 2012
Tagung in Landau, Butenschoen-Haus
Barrierefreiheit für die Seele – Inklusion und Nachbarschaft mit psychisch behinderten Menschen
„Inklusion“ ist ein Schlüsselbegriff in der sozialen Arbeit. Am gesellschaftlichen Leben sollen alle Menschen teilhaben können.
In Zusammenarbeit mit der Evangelischen Akademikerschaft Pfalz-Saar und dem Pfalzklinikum Klingenmünster.

e-mail: info@eapfalz.de ➢ www.eapfalz.de